

## **Gesunde Umwelt, wirksamer Klimaschutz, zukunftsfähige Landwirtschaft – lebenswertes Land**

Eine gesunde Umwelt bildet die Lebensgrundlage für alles – für uns als Menschen wie auch für unsere Flora und Fauna. Unsere Wälder, Seen und Flüsse, unsere Berge, Küsten und Meere sind ein Garant für eine hohe Lebensqualität in allen Regionen und unverzichtbarer Lebensraum für Millionen von Tieren und Pflanzen. Wir wollen deshalb unsere Landschaft und Natur erhalten, wie wir sie kennen, und die Schöpfung für kommende Generationen bewahren. Wir wollen Verantwortung übernehmen für eine intakte Natur in unserem Land und einen gesunden Planeten. Ökonomie und Ökologie wollen wir dabei nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander ins Gleichgewicht bringen – durch nachhaltiges Wachstum und eine national wie international ausgerichtete, wirkungsvolle Klima- und Umweltpolitik.

Hier stehen wir vor enormen Herausforderungen. Wir alle erleben heute mit Extremwetterereignissen und deren zunehmender Häufigkeit die Auswirkungen des sich verändernden Klimas. Der Mensch trägt dafür eine Verantwortung und ist gleichzeitig in hohem Maße betroffen von den Auswirkungen klimatischer Veränderungen. Wirksamer Klimaschutz kann deshalb nur gelingen durch das Zusammenwirken aller Ebenen: der internationalen, der europäischen und der nationalen. Die Zeit drängt, dass alle Ebenen gemeinsam mit den begrenzten natürlichen Ressourcen und fragilen ökologischen Systemen so umgehen, dass dies auch vor künftigen Generationen zu rechtfertigen ist.

Dabei setzen wir auf einen breiten Konsens mit den Menschen und der Gesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land stehen im Mittelpunkt unserer Politik, denn nur mit ihnen gemeinsam und mit ihrer Akzeptanz können wir die große Herausforderung einer wirksamen Umwelt- und Klimapolitik meistern. Das gilt gerade auch für die Landwirtschaft, die einerseits von den Auswirkungen des Klimawandels ganz besonders betroffen, andererseits eine der tragenden Säulen für den Wohlstand in unserem Land ist. Sie sehen wir bei den vor uns liegenden Herausforderungen als Partner und als Teil der Lösung, nicht als Teil der Probleme.

Unser Anspruch als CSU ist es, im Bereich der Umwelt- und Klimapolitik eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Dabei können wir auf starken Grundlagen aufbauen. Den politischen Handlungsbedarf in diesen Feldern haben wir früher erkannt als alle anderen und uns intensiv für die Bewahrung der Schöpfung eingesetzt. Diese Schritte waren wichtig, aber darauf können und wollen wir uns nicht ausruhen. Wir wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag für nachhaltiges Leben und Wirtschaften entwickeln. Den dafür notwendigen breiten Debattenprozess starten wir als CSU im Bundestag mit einer neuen Strategieguppe „Umwelt und Klima“, die ein umfassendes Programm für den neuen Gesellschaftsvertrag erarbeitet. Die folgenden Leitlinien sind uns dabei besonders wichtig:

- **Wir setzen auf das Prinzip „think global, act global“.** Das Öko-Paradigma der 80er Jahre „think global, act local“ greift zu kurz. Lokaler Klimaaktivismus wird nicht ausreichen, um die enormen internationalen Herausforderungen im Bereich der CO<sub>2</sub>-Reduktion zu bewältigen und verzweigt unsere Verantwortung. Wir sagen: Es braucht mehr Verantwortung und weniger Ideologie. Wir lassen deshalb in unserem nationalen Engagement nicht nach und wollen gleichzeitig deutlich stärker die internationale Klimapolitik in den Fokus rücken. Wir wollen dafür in Deutschland eine global ausgerichtete CO<sub>2</sub>-Vermeidungsstrategie entwickeln und dabei insbesondere die enormen Potenziale in den Entwicklungs- und Schwellenländern berücksichtigen, wie dies die Allianz für Entwicklung und Klima des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bereits begonnen hat. Dabei gilt für uns die klare Maßgabe: Jeder internationale Klima-Euro wird dort eingesetzt, wo er am meisten bewirkt; und nicht dort, wo er ideologische Klientele bedient. Die Erfolge unseres Engagements müssen Bestandteil werden unserer nationalen Klimabilanz – denn CO<sub>2</sub>-Vermeidung wiegt nicht mehr oder weniger, ob sie innerhalb oder außerhalb unserer Grenzen erreicht wurde. Doppelanrechnungen darf es dabei aber nicht geben.
- **Wir wollen den Klimaschutz international vernetzen.** Die internationalen Klimaschutzziele können nur erreicht werden, wenn wir Entwicklungs- und Schwellenländer dabei unterstützen, ihre wachsende Wirtschaft von Anfang an klimafreundlich zu gestalten. In Afrika haben beispielsweise derzeit nur rund ein Drittel der Menschen dauerhaften Zugang zu elektrischer Energie. Durch dezentrale, erneuerbare Energien kann sowohl die Zugangsrate schnell erhöht werden, als auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen stabilisiert werden. Dafür verstärken wir auf internationaler Ebene die Unterstützung der Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Förderung erneuerbarer Energien. Schließlich ist eine sichere Stromversorgung Grundlage jeglicher Entwicklung und damit ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von klimabedingten Fluchtursachen.
- **Wir wollen Klimaschutz auch europäisch denken.** Nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern können wir auf internationaler Ebene Erfolge erzielen. Herzstück der bisher erfolgreichen europäischen Klimapolitik ist das europäische Emissionshandelssystem. Wir werden uns für eine weitere Stärkung des Emissionshandelssystems auf europäischer Ebene und für eine Vernetzung der bestehenden Marktsysteme auf internationaler Ebene im Sinne einer internationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung einsetzen. Ein rein nationales CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystem, das die Menschen in Deutschland einseitig belastet und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefährdet, lehnen wir ab.
- **Wir werden die Einhaltung der nationalen Klimaschutzziele voranbringen.** In Deutschland müssen wir unseren Beitrag leisten und unserer Führungsrolle beim Klimaschutz gerecht werden. Wir wollen zeigen, dass sich wirksamer Klimaschutz, nachhaltige und energieeffiziente Wirtschaftsentwicklung sowie soziale Sicherheit ergänzen. Wir bringen zusammen, was sich scheinbar widerspricht. Wir wollen die Einhaltung der Klimaschutzziele für das Jahr 2030 gewährleisten. Dafür werden in allen Bereichen – Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft – von den zuständigen Ressorts sinnvolle und realisierbare Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase erarbeitet und auf den Weg gebracht, die sich am Klimaschutzplan 2050

orientieren. Hierbei setzen wir auf Anreize statt auf Verbote. Technologieoffenheit und Wirtschaftlichkeit sind dabei unser Maßstab. Wir werden dafür sorgen, dass auch mit jedem in Deutschland eingesetzten Euro die dort größtmögliche Klimaschutzwirkung erzielt wird. Je ambitionierter die Ziele sind, desto entscheidender ist die Wahl des volkswirtschaftlich kostengünstigsten Weges. In diesem Sinne sorgen wir für unterstützende staatliche Rahmenbedingungen.

- **Wir wollen den Energiesektor sozialverträglich umbauen.** Die Reduzierung der Kohleverstromung muss sozialverträglich gestaltet werden. Trotz des Umbaus des Energiesektors wollen wir für Versorgungssicherheit zu wettbewerbsfähigen und sozialverträglichen Strompreisen sorgen. Die Auswirkungen auf die betroffenen Regionen wollen wir mit Hilfen ausgleichen und vor Ort bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützen. Die Vorschläge der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ können dabei eine Richtschnur für den Bundestag sein.
- **Wir wollen die Klimaschutzpotenziale in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft nutzen.** Der Koalitionsvertrag sieht zwei weitere Kommissionen für den Gebäude- sowie für den Verkehrsbereich vor. Im Gebäudebereich wird ein Gremium zur Erarbeitung von Maßnahmenvorschlägen zeitnah eingesetzt. Die Nationale Plattform „Zukunft der Mobilität“ erarbeitet bereits Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrsbereich. Die Vorschläge des Bundeslandwirtschaftsministeriums zur Reduzierung der Treibhausgase in der Landwirtschaft liegen auf dem Tisch. Wir werden den Agrarsektor dabei unterstützen, Reduktionspotenziale auszuschöpfen und mit den gesellschaftlichen Anforderungen an die Landwirtschaft der Zukunft in Einklang bringen.
- **Wir wollen die Forschung im Klimabereich stärken.** Wir wollen die Wissenschaft beim Heben von Klimainnovationen unterstützen. Durch neue Technologien und Methoden zur Emissionsreduktion können die Potenziale in allen Sektoren ausgeschöpft werden, wie z.B. synthetische Kraftstoffe, alternative Antriebe, Verwendung von CO<sub>2</sub> als Werkstoff (CCU) oder emissionsarme Futtermittel. Wir wollen die Verwendung von synthetischen Kraftstoffen steuerlich entlasten. Deutschland beschreitet den Weg in die CO<sub>2</sub>-Kreislaufwirtschaft. Die Erforschung von Strategien zur besseren Klimaanpassung wollen wir ausbauen, um auf die zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen besser vorbereitet zu sein. Die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung werden wir vorantreiben. Sie soll noch in der ersten Jahreshälfte beschlossen werden. Wir sorgen für Planungssicherheit und schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen dafür, dass deutsche Unternehmen in den verschiedensten Bereichen bei der Entwicklung von Umwelt- und Klimainnovationen Marktführer bleiben oder werden.
- **Wir wollen kommunale Klimaschutzprojekte fördern – und die Menschen vor Ort mitnehmen.** Wirksamer Klimaschutz beginnt für uns dort, wo die Menschen leben. Nur gemeinschaftlich auf den Weg gebrachte Maßnahmen sind gesellschaftlich breit akzeptiert. Wir wollen kommunale Klimaschutzprojekte durch die sogenannte Kommunalrichtlinie weiterhin unbürokratisch und bürgerorientiert fördern. Die breite Einbindung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort bei der Erarbeitung der kommunalen Klimaschutzkonzepte sorgt für einen gesellschaftlichen Konsens. Damit schaffen wir

Anreize für die Kommunen auf dem Weg zur klimaneutralen Kommune. Wir wollen einen Wettbewerb zur Auszeichnung der besten Konzepte zum kommunalen Klimaschutz etablieren. Nur so kann Klimaschutz gelingen – gemeinsam mit den Menschen und auf allen Ebenen.

- **Wir wollen Einwegplastik wirksam reduzieren.** Die neue Richtlinie der Europäischen Union zur Reduzierung von Einwegkunststoffen werden wir innerhalb des vorgegebenen Rahmens in nationales Recht umsetzen. Wir bringen ein mit den Sektoren abgestimmtes Aktionsprogramm auf den Weg. Wir werden Plastikabfälle bereits an ihrer Quelle minimieren. Wir unterstützen die Ziele der Europäischen Plastikstrategie, dass ab 2030 alle Kunststoffverpackungen in der EU recyclingfähig sind, der Verbrauch von Einwegkunststoff verringert und die Verwendung von Mikroplastik auf ein Minimum reduziert wird. Entscheidend ist, dass bei der Reduzierung von Plastikmüll die jeweiligen Maßnahmen auch unter dem Strich zu einer Ressourceneinsparung führen.
- **Wir wollen für vielfältige Lebensräume sorgen – und für einen verantwortungsvollen Umgang mit Pflanzenschutzmitteln.** Biologische Vielfalt ist die Grundlage für alles Leben. Der Mensch profitiert tagtäglich von artenreichen und hochkomplexen Ökosystemen. Für den umfassenden Schutz der biologischen Vielfalt tragen wir daher gegenüber unseren Nachfolgegenerationen eine besondere Verantwortung. Das Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung werden wir zügig beschließen. Wir wollen, dass mit der Ackerbaustrategie der Einsatz glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel grundsätzlich minimiert wird und weiterhin sinnvolle Anwendungen, beispielsweise in pfluglosen Ackerbausystemen insbesondere zur Bekämpfung von Problemunkräutern, möglich bleiben. Außerdem wollen wir hinreichend Gewässerrandstreifen zur Verbesserung der Wasserökologie vorsehen. Parallel dazu wollen wir mit einer Grünlandstrategie insbesondere biodiverses Grünland in der landwirtschaftlichen Nutzung erhalten. Wir wollen einen umfassenden Gewässerschutz zur Entwicklung naturnaher Gewässer mit hoher Biodiversität einschließlich innovativer Maßnahmen zur Verbesserung des Erosionsschutzes auf landwirtschaftlichen Flächen. Wir brauchen eine Forschungsoffensive, die ein akzeptiertes Nebeneinander aller Verfahren im Pflanzenschutz unterstützt. Mit innovativen Ansätzen streben wir einen zielorientierten Pflanzenschutz – mechanisch, biologisch und chemisch – an. Mit innovativen Alternativen streben wir eine messbare Reduktion in der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln an. Die Nutzung digitaler Anwendungen werden wir dabei unterstützen und vorantreiben.
- **Wir wollen zu einem pragmatischen Umgang mit dem Wolf kommen.** Für uns sind beim Umgang mit dem Wolf zwei Dinge nicht verhandelbar: Die Sicherheit der Menschen hat oberste Priorität. Und: Wir bekennen uns zu einer flächendeckenden und dauerhaften Weidetierhaltung. Die in Deutschland beheimateten Wölfe bilden zusammen mit der Population in Westpolen die zentraleuropäische Population. Zwischen dieser und der nordostpolnisch-baltischen Population findet ein genetischer Austausch statt. Aufgrund dieser Sachlage ist der „günstige Erhaltungszustand“ als erreicht anzusehen. Europarechtlich ist der Wolf von einer „streng geschützten“ Art in eine „geschützten“ zu überführen. Die Weidetierhaltung muss auch bei Wolfsanwesenheit ohne unzumutbare

Mehraufwendungen flächendeckend und dauerhaft erhalten bleiben. Gezielt wollen wir auf Präventionsmaßnahmen setzen. Eine Entnahme des Wolfs in Einklang mit dem Artenschutz auch ohne vorangegangene Herdenschutzmaßnahmen wollen wir zukünftig ermöglichen. Mögliche Schäden durch Wölfe wollen wir vollumfänglich ausgleichen.

- **Wir wollen die Bäuerinnen und Bauern bei der betrieblichen Risikoversorge unterstützen.** Die diesjährige Dürre verdeutlicht, dass das Risikomanagement im land- und forstwirtschaftlichen Betrieb immer wichtiger wird. Witterungs- und marktbedingte Risiken werden weiter zunehmen. Deshalb sind staatliche Ad-hoc-Zahlungen, wie die aktuellen Dürrehilfen, weder für die Betriebe noch für den Staat oder die Gesellschaft der richtige Weg. Eine Vollkaskoversicherung kann der Staat über Hilfsprogramme auf Dauer nicht bieten. Stattdessen wollen wir die Betriebe krisenfester aufstellen und bei der betrieblichen Risikoversorge unterstützen. Dazu wollen wir zum einen die Einführung einer unbürokratischen steuerfreien Risikorückstellung für die Land- und Forstwirtschaft im Einkommenssteuergesetz verankern. Aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft soll zudem durch die Bundesregierung die Einführung eines staatlich geförderten Sparprogramms für Landwirte zur einzelbetrieblichen Risikoversorge geprüft werden. Die Entwicklung von Mehrgefahrenversicherungen gegen die landwirtschaftlichen Folgen klimatischer Extremlagen soll gefördert werden. Damit wollen wir erreichen, dass die Land- und Forstwirte ihre individuellen Einkommensverluste besser ausgleichen können.